

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Die Türkei nach dem
Verfassungsreferendum



Butterwege, Bischoff/
Müller: Armutsbericht



Damiano Valgolio:
Zeit für Verbindlichkeit

Stefan Krull: Automobil-
industrie auf Abwegen

**Forum
Gewerkschaften**

Heinrich Hannover:
60 Jahre KPD-Verbot



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

AfD auf Rechtskurs



Die Rechtspopulisten haben ihr Wahlprogramm verabschiedet und nach heftigen personellen Querelen, in deren Folge Frauke Petry auf eine Spitzenkandidatur verzichtet hat, ein Spitzenduo gewählt, das den stramm rechtsnationalen Flügel mit Alexander Gauland und den rechtskonservativen Wirtschaftsflügel mit Alice Weidel einbinden soll. ...

Sinkflug der grünen Partei



Die Partei »Die Grünen« liegt in der Wählergunst so schlecht wie seit 15 Jahren nicht mehr und nähert sich der 5%-Marke, die für den Einzug in den Bundestag entscheidend ist. ...

Öffentliche Armut – Schuldenbremse – Stärkungspakt



Städte und Kreise in NRW ächzen unter den Lasten, die ihnen Strukturwandel, Steuergesetzgebung und soziale Not aufbürden. Doch sind diese Rahmenbedingungen in letzter Hand politisch gestaltet. Die rot-grüne Landesregierung hatte sechs Jahre Zeit, diese Last zu lindern. ...

Wahlen, Referenden & ideologischer Ballast

Redaktion Sozialismus:
Macron – eine Chance für Europa? 2

Redaktion Sozialismus:
Türkei – Unsichere Zukunft 6

Heinz Bierbaum: Hoffnung nach dem Referendum
Zur Situation der italienischen Linken 12

Heiko Bolldorf: Kroatien – MOST und HDZ lassen den
»ideologischen Ballast« hinter sich 16

Bilanzen der Berliner Republik

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
Vier Jahre Große Koalition – verpasste Chancen 21

Christoph Butterwegge: Verschleierung des Reichtums, Verharmlosung
der Armut. Zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 27

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Soziale Spaltung und Rechtspopulismus 32

Forum Gewerkschaften

Damiano Valgolio: Zeit für Verbindlichkeit
Zur Stärkung des Tarifsystems müssen mehr Tarifverträge
allgemeinverbindlich werden 37

Stephan Krull: Autokrieg
Krise und Zukunft einer Schlüsselindustrie 40

Der Neoliberalismus und die »Vergessenen«

Eberhard Fehrmann: Die Arbeiterklasse und
der Vormarsch des Rechtspopulismus 45

Klassen-Justiz?

Rolf Geffken:
Recht als Politik? 53

Heinrich Hannover: Verhinderte historische Alternativen. Das KPD-Verbot
von 1956 und die Folgen für die bundesrepublikanische Justiz 57

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 55

Veranstaltungen & Tipps 64

Klaus Schneider: »The Founder« (Filmkritik) 65

Supplement

FORUM GEWERKSCHAFTEN

Pfadwechsel in der Tarifpolitik

Plädoyer für ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept

Türkei: Unsichere Zukunft

Redaktion Sozialismus



»Landesvater« Erdoğan, Ankara, 23.4.2017 (Foto: dpa)

Das Referendum über die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei war eine Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur. Zentrales Argument der Befürworter eines Präsidialregimes war die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität von türkischer Gesellschaft und türkischem Staat. Mit einer Änderung der Verfassung bekommt Recep Tayyip Erdoğan alle Machthebel in die Hand, die er für seine Vorstellung von einem »effizienten« Regieren braucht. »Effizientes Regieren« heißt: Die Türkei soll sich noch stärker als Regionalmacht entwickeln. Erdoğan und die AKP wollen in Absetzung oder Distanz zur EU, dem Westen und der NATO eine Aufwertung des türkischen Staates verwirklichen.

Erdoğan hat seinen AnhängerInnen versprochen, mit dem neuen Präsidialsystem für mehr Stabilität im Land zu sorgen. Doch auf dem Weg zu einer autokratisch regierten Regionalmacht wird die Spaltung der türkischen Gesellschaft verstärkt werden. Der Bürgerkrieg gegen die Kurden und die militärischen

Operationen gegen autonome Gebiete der Kurden in Syrien und Irak werden die wirtschaftlichen Fundamente der Türkei weiter auszehren. Die weitere Einschränkung von politischen und gesellschaftlichen Freiheiten wird die Wirtschaft weiter schwächen, zumal schon jetzt die Selbstbereicherung und Korruption des Erdoğan-Clans einer Entfaltung der Ressourcen nicht förderlich ist. Der Ausbau eines autoritären Regimes wird der Türkei endgültig den Weg in die Europäische Union versperren.

Über 58 Mio. TürkInnen waren aufgerufen, über die künftige Machtfülle des Präsidenten abzustimmen. Die Wahlbeteiligung war mit 84,7% hoch. Von den rund 58,4 Mio. Wahlberechtigten haben rund 49,4 Mio. ihre Stimme abgegeben. Mit »Ja« haben 25.157.025 (51,4%) und mit »Nein« 23.777.091 (48,6%) Personen abgestimmt. Mit einer Mehrheit von rund 1,3 Mio. Stimmen (2,6% der abgegebenen Stimmen) wurde die Verfassungsänderung angenommen. Der knappe Ausgang des Referendums hat die tiefe Spaltung der Gesellschaft sichtbar gemacht.

Die vom Amtsinhaber Erdoğan (Regierungschef seit 2003, Staatschef seit 2014) eingebrachte Verfassungsreform wird ihm weitreichende und alleinige Machtbefugnisse verleihen und ist die Fortsetzung eines Weges zur Deformation einer noch unentwickelten kapitalistischen Ökonomie. Das Referendum hat nicht allein über die Einführung eines Präsidialsystems entschieden, sondern auch über die künftige Ausrichtung des Landes und sein Verhältnis zum Westen sowie vor allem zur EU.

Seit dem Putschversuch im Juli 2016 gilt in der Türkei der Notstand. Er erlaubt Erdoğan, per Dekret zu regieren. Durch die Zustimmung zur Verfassungsänderung wird das auch so bleiben – auch ohne Zustimmung der Regierung. Der Präsident hatte gemäß der Verfassung bisher vorwiegend repräsentative Funktionen – vergleichbar mit der Stellung des deutschen Bundespräsidenten. Erdoğans Vorgänger hielten sich an diese Vorgabe. Doch der frühere Ministerpräsident Erdoğan dachte gar nicht daran, sich aus den Regierungsgeschäften herauszuhalten, als er das Amt übernahm. Er blieb ohne Zweifel faktisch der mit Abstand mächtigste Mann im Staat. Seit der Ausrufung des Ausnahmezustands im August 2016 regiert er mit Notstandsgesetzen.

Jetzt soll die Verfassung seinen Vorstellungen angepasst werden: Der Präsident wird Chef der Exekutive, das Amt des Ministerpräsidenten fällt weg. Künftig leitet der Präsident das Kabinett und wählt die Minister aus – eine Zustimmung des Parlaments ist dafür nicht mehr nötig. Anders als bisher kann der Präsident auch seine Parteizugehörigkeit behalten und sogar als Parteichef fungieren.

Seit dem Putschversuch im letzten Jahr sind die Freiheitsrechte stark eingeschränkt. Trotz anderslautender Erklärungen der Regierung fand der Wahlkampf also im Ausnahmezustand statt. Die Regierung hat die Aufarbeitung des Putschversuchs und die anhaltenden Terrorattacken als Begründung herangezogen, Dutzende Medienhäuser zu schließen. Der regierungskritischen Presse hat sie damit einen heftigen Schlag versetzt. Die Vorsitzenden und weitere Abgeordnete der Oppositionspartei HDP – Gegner eines Systemwechsels – sitzen in Haft.

Terroranschläge, die Aushebelung des Rechtsstaats, eine immense Verhaftungswelle, die Forcierung des Bürgerkrieges gegen den kurdischstämmigen Teil der Bevölkerung, Zwangsent eignungen von Unternehmern, die dem islamischen Prediger Fethullah Gülen nahestehen sollen, die Unterdrückung der Opposition in der Referendumskampagne und Erdoğan's antiwestliche Ausfälle haben beträchtliche Verwerfungen in der Türkei und einen massiven Ansehensverlust verursacht. Die Liste der Verletzung der rechtsstaatlichen Ordnung ist lang: Über 40.000 LehrerInnen, mindestens 1.500 Universitätsdekane und alle Universitätsrektoren wurden entlassen sowie mindestens 3.000 Justizbeamte vor die Tür gesetzt, darunter Richter, Staatsanwälte, Militär Richter und -anwälte. Außerdem wurde der Besitz von mehr als 3.000 Richtern und Staatsanwälten konfisziert. Im Bereich der Sicherheitsorgane sind insgesamt etwa 100.000 Personen betroffen: darunter Soldaten, die »unehrenhaft« entlassen wurden, Polizisten, Sicherheitsberater und weitere Militär angehörige, die ihren Job verloren haben. Darüber hinaus wurden über 10.000 Beamte aus dem öffentlichen Dienst entfernt.

Von einem fairen Wahlkampf im Streit um das Pro und Contra des Referendums kann keine Rede sein. Unter den Bedingungen des Ausnahmezustands verlief der Wahlkampf einseitig. Gegner des Präsidialsystems wurden in der weitgehend gleichgeschalteten türkischen Presse als »Verräter« beschimpft, PolitikerInnen stellten sie in eine Reihe mit »Terroristen«, Imame sprachen den »Nein«-Sagern ab, gute Muslime zu sein. Während das »Ja«-Lager allorts Präsenz markierte, wurden Infostände der »Nein«-Kampagne mehrfach angegriffen, Veranstaltungen verboten, Aktivisten verhaftet. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die Übergriffe und die unfairen Wahlbedingungen in einem Bericht dokumentiert.

Erdoğan's einstige Mitstreiter beobachten die Prunksucht und die immer weitergehende Machtkonzentration des Präsidenten mit Sorge. Das Scheitern der Friedensverhandlungen mit den Kurden, der Konfrontationskurs mit der EU und die Säubungswellen im Staat gegen angebliche AnhängerInnen der Bewegung des Predigers Gülen kommen hinzu. Moralische oder religiös begründete Einwände gegen Erdoğan's Politikstil werden schon seit seiner Wahl zum Staatschef laut. Intellektuelle Islamisten, die heute als Gegner der Verfassungsänderung auftreten, kritisierten eine Abkehr von den Idealen der AKP.

Absage an den Reformprozess

Die von Erdoğan mitgegründete Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) kam ein Jahr nach der türkischen Finanzkrise von 2001 an die Macht. Das damals vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegte Sanierungsprogramm wurde von der AKP konsequent umgesetzt. Diese Politik trug maßgeblich dazu bei, dass der Staatshaushalt entschlackt, der Bankensektor stabilisiert, der Wechselkurs flexibilisiert und die Unabhängigkeit der Zentralbank gestärkt werden konnten. Mit Unterstützung des IWF wurde eine Entwicklung in Richtung eines demokratischen Kapitalismus implementiert. Das Land meisterte die nachfolgende Finanzkrise von 2008 vor allem auch deshalb vergleichsweise gut, weil man diverse Aufräumarbeiten, die andernorts erst nach 2008 angegangen wurden, bereits nach der Zäsur von 2001 angepackt hatte. Die lange Reformperiode unter politischer Kontrolle der AKP war zweifelsohne eine Erfolgsgeschichte. Unter Erdoğan (2002-2016) ist die Wirtschaft um durchschnittlich über 5% pro Jahr gewachsen, und das Einkommen pro Kopf hat sich auf über 10.000 US-Dollar verdreifacht.

Tatsächlich haben die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala überproportional vom Aufschwung unter der AKP profitiert (siehe Abbildung 1 auf der folgenden Seite). Erreicht wurde dies nicht durch einschneidende Umverteilungsmaßnahmen, zumal Erdoğan eine eher zurückhaltende Finanzpolitik betrieb. Wenn Millionen von TürkInnen der materiellen Not entfliehen konnten, ist dies vielmehr der industriellen Modernisierung und der Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze zuzuschreiben.

Allerdings zeigt sich in den letzten Jahren eine deutliche Abflachung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumstrends. Im Jahr 2016 ist die Wachstumsrate von 6,1% auf 2,9% zurückgegan-

gen, während die Arbeitslosenquote mit 12,7% auf den höchsten Stand seit sieben Jahren kletterte. Die Verunsicherung ist groß, und viele Investoren aus dem In- und Ausland halten sich seit geraumer Zeit mit Engagements zurück.

Zwar weist die Türkei innerhalb der OECD nach Mexiko noch immer die zweitgrößte Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen auf. Sie ist aber auch eines der wenigen OECD-Länder, in denen die Ungleichheit in den 2000er Jahren gesunken ist (siehe Abbildung 2).

Abgebaut wurde zudem die regionale Ungleichheit. Unter der AKP-Regierung gab es das proportional stärkste Beschäftigungswachstum in Zentral-, Ost- und Südostanatolien. In diesen von den kemalistischen Vorgängerregierungen oft vernachlässigten und leicht herablassend behandelten Regionen entstand dank einer rasanten Industrialisierung eine kaufkräftige und selbstbewusste Mittelschicht.

Die seit Jahrzehnten angestrebte Forcierung der Exporte kommt allerdings kaum vom Fleck. In Kombination mit einer niedrigen Sparquote von lediglich 14% und einer starken Abhängigkeit von Energieeinfuhren, die etwa 60% des Handelsbilanzdefizits ausmachen, führt dies zu einem chronisch hohen Leistungsbilanzdefizit (zur Verschuldung des Privatsektors siehe Abbildung 3). Um dieses Defizit zu finanzieren, ist die Türkei auf einen hohen Zustrom von ausländischem Kapital angewiesen. Dieses Kapital fließt aber nur, wenn die internationalen Investoren dem Land und seiner Führung halbwegs vertrauen.

Ohne permanente Investitionen und Mittelzuflüsse aus dem Ausland kann das Land sein Niveau nicht halten (siehe Abbildung 4). Seit dem gescheiterten Putsch 2016 greift die Regierung Erdoğan tiefer und tiefer in Freiheits- und Besitzrechte ein, was Investoren abschreckt und die Wirtschaftskreisläufe blockiert. Die Türkei hat es schwer, frische Kredite und Investitionen anzulocken.

Auch wenn es wegen des Ausnahmezustandes und des Abstimmungskampfes um das Referendum in den Hintergrund getreten ist: Der türkischen Ökonomie geht es nicht gut. Vize-Premier Mehmet Simsek hat im Februar in Deutschland um Unterstützung für die angeschlagene Wirtschaft geworben. Denn mit rund 6.800 Firmen im Land stehen die Deutschen unter den ausländischen Wirtschaftspartnern der Türkei ganz weit oben. Zwar verlassen die deutschen Unternehmen nicht das Land, mit Investitionen halten sie sich jedoch zurück.

Abgeschreckt werden ausländische Investoren durch eine Verschlechterung des ökonomischen Umfeldes: Zum ersten Mal seit fünf Jahren liegt die Inflationsrate wieder bei ca. 10%. Die Lira erlitt gegenüber dem Euro und dem US-Dollar starke Wertverluste. Gleichzeitig stiegen das Leistungsbilanzdefizit und die Arbeitslosenquote. Viele Unternehmen sind verschuldet und stecken in Zahlungsnöten. Innerhalb weniger Monate haben die Rating-Agenturen die Bonität des Landes auf Ramschniveau abgestuft.

Nach sieben Jahren Wachstum war die Volkswirtschaft Ende 2016 zum ersten Mal geschrumpft. Das war der Bremseffekt des blutigen Umsturzversuches vom 15. Juli. Auch ein beispielloser Schub der Staatsausgaben (+24%) vermochte die Einbußen im Dienstleistungssektor und in der Industrie nicht zu kompensieren.

Abb. 1: Türkisches Wachstum auf schiefem Fundament

Hohes Wachstum bei hoher Inflation
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

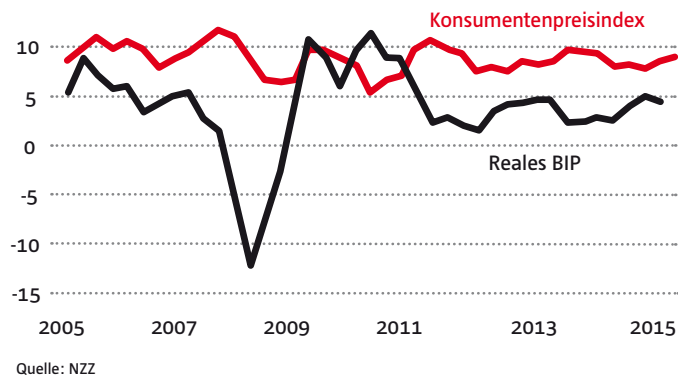


Abb. 2: Einkommenskonvergenz

Wachstum des verfügbaren Realeinkommens, 2007-2013 (in %)

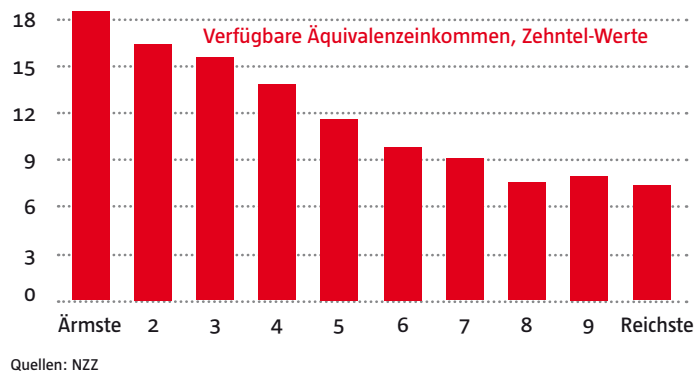


Abb. 3: Verschuldung des Privatsektors

In % des BIP

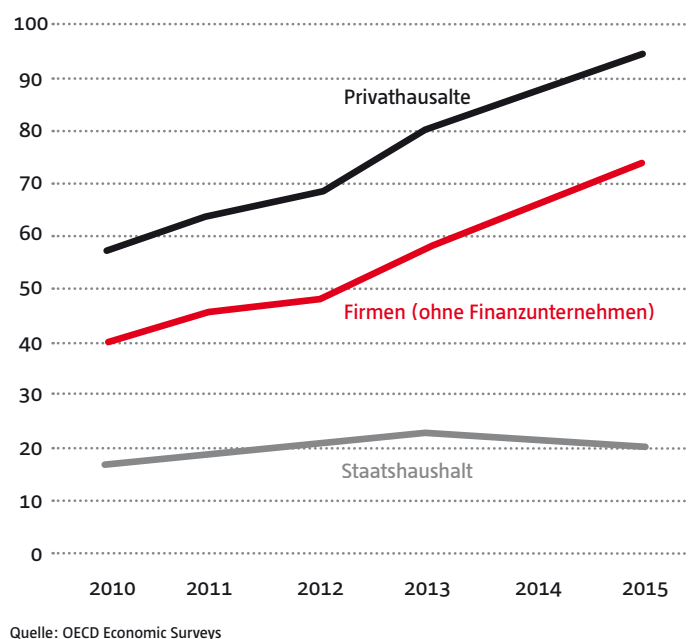


Abb. 4: Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)

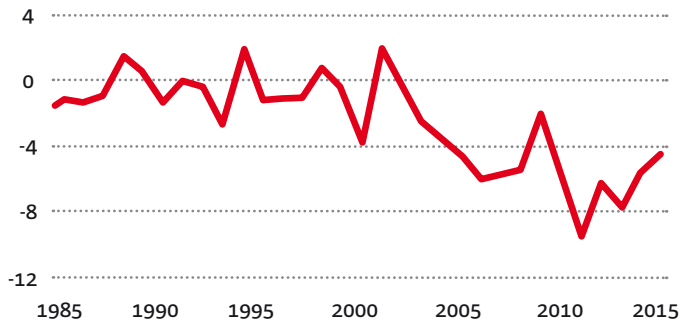
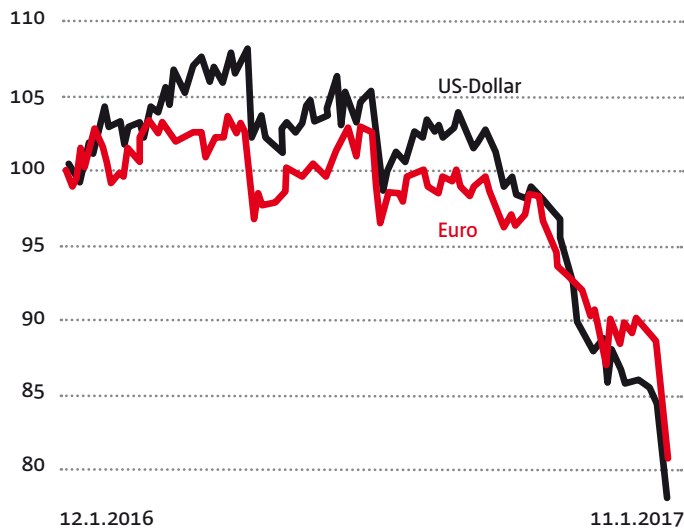
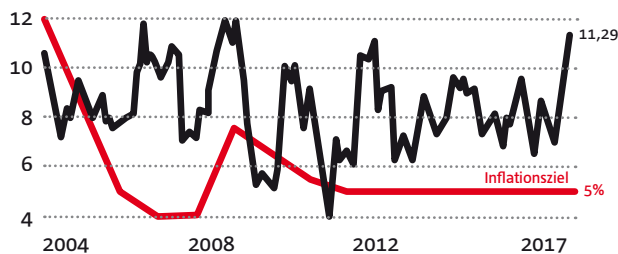


Abb. 5: Zur Schwäche verdammt
Türkische Lira gegenüber dem US-Dollar und dem Euro
(Indiziert, 12.1.2016 = 100)



Quelle: Bloomberg

Abb. 6: Inflation gerät außer Kontrolle
Türkische Teuerung im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bloomberg

Nimmt man die gesamte EU, so entfallen auf den Staatenbund fast die Hälfte aller türkischen Güter-Exporte. Bei den türkischen Importen war die Position der Union 2016 mit 39% etwas schwächer. Die ausländischen Investitionen sackten unter dem Eindruck von Anschlägen und innenpolitischen Wirren um 31% auf rund zwölf Mrd. US-Dollar ab. Unter den fünf größten Auslandsinvestoren lagen aber etliche Europäer – aus

Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland. Auch der Türkei-Tourismus als großer Devisenbringer der letzten Jahre musste massive Einbußen hinnehmen. Nur noch gut 25 Mio. ausländische Gäste kamen 2016 in das Land – gut zehn Mio. weniger als ein Jahr zuvor. Wenn sich die zum Teil antieuropäische und antideutsche Haltung, die sich inzwischen immer mal wieder auch in Äußerungen von türkischen Regierungsmitgliedern zeigt, weiter manifestiert, wird dies das Image der Türkei als Reiseziel weiter beschädigen.

Die Rating-Agentur Fitch hat die Kreditwürdigkeit der Türkei auf Ramschniveau herabgestuft. Damit gelten türkische Staatsanleihen bei allen großen Rating-Agenturen als risikoreich. Fitch begründete die Herabstufung mit den Risiken im Blick auf die politische Stabilität und Sicherheit des Landes. Die Agentur verweist zudem auf den starken Verfall der türkischen Lira und die hohe Auslandsverschuldung. Seit dem Putschversuch bemüht sich die türkische Regierung, die zunehmend lahrende Konjunktur mit zahlreichen Interventionen zu stützen. Die Investitionsförderung für strategisch wichtige Projekte wurde ausgeweitet. Ein neu gegründeter staatlicher Vermögensfonds soll bei der Finanzierung großer Infrastrukturvorhaben helfen.

Der private Konsum wird mithilfe öffentlicher Zinssubventionen und verbesserter Zahlungsbedingungen angekurbelt. Insbesondere Wohnungskäufe werden vom Staat verstärkt gefördert, was sich auch in der Entwicklung der Bauwirtschaft niederschlägt. Im Jahr 2016 wuchs der Sektor mit über 7% überdurchschnittlich stark. Die Stabilisierung der Wirtschaft seitens der Politik erfolgt durch eine Ausweitung der öffentlichen Bautätigkeit. Die türkische Regierung hat staatliche Firmenanteile im Wert von Dutzenden Milliarden US-Dollar (die Schätzungen liegen bei ca. 30 Mrd.) an einen Staatsfonds übertragen. Aus diesem will sie die großen Infrastrukturprojekte finanzieren, die zum Markenzeichen der Politik von Staatspräsident Erdoğan gehören.

Im März lag die Inflation mit 11,3% auf dem höchsten Niveau seit fast neun Jahren und weit entfernt vom geldpolitischen Zielwert von 5% (siehe Abbildung 5). Was nötig wäre, um diesen Trend zu brechen, ist offensichtlich, nämlich markant höhere Zinsen. Doch Erdoğan will von Zinserhöhungen nichts wissen.

Hinzu kommt, dass die türkische Lira allein im vergangenen Jahr gegenüber dem US-Dollar um 17% an Wert verloren hat (siehe Abbildung 6). Entsprechend verteuert haben sich jüngst die Importe, was das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zusätzlich verschärft.

Vor allem die starke Abwertung der türkischen Lira dürfte sich negativ auf die Konjunktur auswirken. Eine schwache Landeswährung verteuert die Importe und führt zu Kaufkraftverlusten bei den inländischen Konsumenten. Gleichzeitig erhöht sie die Verbindlichkeiten der einheimischen Firmen, die Kredite in Fremdwährung aufgenommen haben. Ende November 2016 hat die türkische Notenbank erstmals seit 2014 den Leitzins deutlich angehoben. Doch das reichte nicht – im Januar legte die Notenbank noch einmal nach und erhöhte den zentralen Zinssatz, zu dem sie den Banken Geld zur Verfügung stellt, um 0,75 Prozentpunkte auf 9,25%. Diese geldpolitische Maßnahme dürfte ebenfalls negative Auswirkungen auf die Konjunktur haben. Viele TürkInnen registrieren zum ersten

Mal seit langer Zeit, dass sich der politische Kurs ihres Anführers ins Gegenteil verkehrt, sich die Politik Erdoğan direkt auf ihren Geldbeutel auswirkt und sie um ihren Wohlstand fürchten müssen.

Fakt ist: Die türkische Wirtschaft ist trotz des Putschversuchs, des Kriegs in Syrien und zahlreicher Anschläge im Jahr 2016 um 2,9% gewachsen. Präsident Erdoğan weiß, dass er von vielen Wählern am Erfolg seiner Wirtschaftspolitik gemessen wird. Die regierungsnahen Presse lobt die Erfolge. Um auf den hohen Wachstumspfad früherer Jahre zurückzukehren, müsste die Regierung überfällige Strukturreformen umsetzen. Stattdessen bleibt die Politik für die Wirtschaft ein belastendes Element. Trotz vieler negativer Aspekte ist dabei unstrittig: Die Politik der Ausweitung öffentlicher Investitionen bleibt angesichts des relativ geringen Verschuldungsgrad des türkischen Staates ein wirksamer Handlungsparameter.

Türkei als geopolitischer Akteur

Die Türkei ist als NATO-Mitglied Partner der Europäer, flirtet aber zunehmend mit einer Annäherung an Russland – was für das Verteidigungsbündnis ein Rückschlag wäre. Als regionale Großmacht gilt die Türkei als unverzichtbarer Partner bei der Eindämmung der Nahost-Krisen.

Der gescheiterte Militärputsch im Juli 2016 und die darauffolgenden Säuberungsaktionen haben die türkischen Streitkräfte erheblich geschwächt. Deren Führungs- und operative Fähigkeiten zeigen für die anderen NATO-Mitglieder Defizite. Diese Alliierten registrieren Schwierigkeiten bei der Planung und Durchführung von Operationen im Norden Syriens gegen den Islamischen Staat und gegen kurdische Milizen. Die Türkei hat diesen Militäreinsatz unter dem Namen »Schutzschild Euphrat« Anfang April nach sieben Monaten für beendet erklärt.

Die Türkei ist in der westlichen Militär-Allianz alles andere als ein Mitläufer. Mit 380.000 Militärangehörigen stellt sie nach den USA die zweitgrößten Streitkräfte in der NATO – mit großem Abstand zu den drittplatzierten Franzosen (209.000). Den NATO-Richtwert für Verteidigungsausgaben (2% des Bruttoinlandsprodukts) schafft sie nicht ganz, gehört aber mit 1,69% zu den ausgabenwilligeren Mitgliedstaaten. Die wesentliche Bedeutung der Türkei liegt indes in ihrer geostrategischen Position. Sie ist der Allianz-Türsteher am Übergang zum Nahen Osten, der brisantesten Kriegs- und Konflikt-Region weltweit, ist Mitspieler – bis vor Kurzem offiziell auch militärisch – im Syrien-Krieg, beteiligt sich am Kampf gegen das Terror-Kalifat »Islamischer Staat« und stellt Stützpunkte wie die Luftwaffenbasen Incirlik und Diyarbakir oder das NATO-Hauptquartier in Izmir zur Verfügung. Nach dem Putsch wurde das Militär weiter umgekrempelt und geschwächt. Die Auswirkungen beeinträchtigen allerdings stärker die türkische Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen, als die der NATO.

Erdoğan nimmt offenkundig infolge des politischen Umbaus der Türkei eine weitreichende Veränderung im Verhältnis zur NATO, dem Westen und der EU in den Blick. Seine Überlegung: Aus dem Referendum zur Verfassungsreform am 16. April werde hinsichtlich der Beziehungen zur EU eine völlig neue Türkei hervorgehen. Dann werde er mit der EU und NATO über die

Tabelle 1: Wirtschaftliche Eckdaten der Türkei

	2011	2012	2013	2014	2015	2016*	2017*
Bruttoinlandsprodukt (BIP), Wachstumsrate in %	8,8	2,1	4,1	2,9	4,0	3,3	3,0
Inflationsrate	10,4	6,2	7,4	8,9	7,7	7,8	7,6
Arbeitslosenrate	9,1	8,4	9,0	11,0	10,3	10,4	10,3
Staatsverschuldung (in % des BIP)	40,0	37,6	37,4	35,0	32,9	32,4	–
Haushaltsdefizit (in % des BIP)	1,4	2,0	1,2	1,3	1,1	2,0	2,1
Leistungsbilanzdefizit (in % des BIP)	9,7	6,1	7,9	5,9	4,5	5,5	5,0
Ausländische Direktinvestitionen (in Mrd. \$)	16,2	13,3	12,5	12,5	16,0	15,0	–

*Prognosen

Quelle: Weltbank/IWF, EIU, WIW

künftigen Beziehungen diskutieren und tun, was nötig sei. Zu Deutschland sagte er, türkische Imame und Religionslehrer würden dort wie Agenten behandelt.

Die türkische Führung lag mit mehreren EU-Staaten im Streit, weil türkische Politiker dort auf Wahlkampfauftritten für das Referendum werben wollten. In einigen Ländern wurde es ihnen untersagt. Der deutsche Bundesaußenminister Sigmar Gabriel erklärte im Zusammenhang mit den AKP-Wahlkampfauftritten und den getätigten Nazi-Vergleichen, dass die Türkei in einer Verbalnote auf die Einhaltung der deutschen Rechtsordnung hingewiesen worden sei. Dazu gehöre Paragraph 90a des Strafgesetzbuches, wonach die Bundesrepublik nicht verächtlich gemacht werden dürfe. Eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus sei ein solcher Fall. In dem Schreiben an die türkische Regierung waren die Genehmigungen für die Abstimmung über das Referendum auf deutschem Boden sowie für Auftritte türkischer PolitikerInnen daran geknüpft, dass sie auf der Grundlage von deutschem Recht und Gesetz erfolgen. Gabriel sagte, bei Verletzungen der Rechtsordnung müsse die Regierung die Verbalnote überdenken.

EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn warnte die Türkei davor, ihre Chancen auf einen EU-Beitritt zu verspielen. »Wenn sie ihren Kurs nicht rasch ändert, wird eine Mitgliedschaft in der Tat immer unrealistischer«, sagte er der »Bild«. Das autoritäre Vorgehen Erdoğan und die geplante Verfassungsänderung seien eine Abkehr von Europa. Hahn verurteilte zugleich die Drohungen und Nazi-Vorwürfe türkischer PolitikerInnen. Damit schadeten diese dem eigenen Land und schreckten Touristen ab.

Das Verhältnis der Türkei zur NATO und der EU war schon vor dem Referendum gründlich zerrüttet. Allein die zeitweilige und nachgewiesene Unterstützung des IS sollte ausreichen, die Türkei aus dem Kreis der NATO-Länder zu verweisen. Warum toleriert die NATO das Verhalten der Türkei, ohne massiv auf die Einhaltung der Grundsätze der NATO zu dringen?

Es sind geostrategische Überlegungen, die offensichtlich über Menschenrechten und »westlichen Werten« stehen. Die Tren-

nung der Türkei von der NATO würde deren Südflanke öffnen und den Einfluss Russlands im Nahen und Mittleren Osten freigeben. So sieht denn auch die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) trotz des Ausgangs des Verfassungsreferendums in der Türkei die NATO-Mitgliedschaft des Landes nicht infrage gestellt. »Die Entwicklung in der Türkei macht es uns schwer, aber keiner sollte glauben, dass eine Türkei außerhalb der NATO einfacher ist im Umgang als eine Türkei in der NATO«, sagte von der Leyen der »Bild«-Zeitung. »Uns verbinden weiterhin gemeinsame Sicherheitsinteressen«, fügte die Ministerin hinzu.

Dies, obwohl das deutsch-türkische Verhältnis auf einem historischen Tiefstand ist. Die Verbalinjurien, die von Ankara in Richtung Berlin geschickt wurden, sind kaum länger zu tolerieren.

Was aber geschieht? Nicht einmal die Beitrittsverhandlungen zur EU werden offiziell aufgekündigt. Längst überfällige Sanktionen wegen der Massenmorde an Kurden werden gar nicht andiskutiert. Die Verstöße gegen das Völkerrecht, nämlich den Einsatz von Militär im Nachbarland Syrien, werden behandelt, als ob es sie nicht gäbe.

Aber vielleicht liegt genau hierin der Grund, warum man die Türkei einfach gewähren lässt: Die NATO und deren Führungsnation USA scheren sich selbst fortlaufend einen Dreck um das Völkerrecht, nicht nur bei ihrem Treiben in Syrien. Wie soll man da noch glaubwürdig an die Türkei appellieren?

Rückhalt für die Diktatur in der türkischstämmigen Community in Deutschland

Fast zwei Drittel der BürgerInnen mit türkischem Pass, die sich in Deutschland am Referendum beteiligt haben, haben sich für das Regime ausgesprochen, mit dem Erdoğan seine Idee einer Regionalmacht vorantreiben will. In Deutschland leben derzeit 2,9 Mio. Menschen mit türkischem Hintergrund, von denen 1,4 Mio. stimmberechtigt waren. Davon nahm die Hälfte an der Abstimmung teil. Schon bei der Parlamentswahl im November 2015 war Erdoğan's AKP auf 60% der Stimmen in Deutschland und die türkisch-nationalistische MHP auf 7,5% gekommen.

Die türkischstämmige Bevölkerung ist in der überwiegenden Mehrheit durch die Fehlentwicklung einer gescheiterten In-

tegrationspolitik geprägt. Es besteht nach wie vor ein großer Handlungsbedarf mit Blick auf die Verbesserung ihrer Lebenssituation. 65% der Personen mit türkischer Herkunft haben laut dem Sozialbericht 2016 der Bundeszentrale für politische Bildung keinen Berufsabschluss, bei den Frauen sind es sogar 72%. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass den schlecht ausgebildeten TürkInnen vor allem die einfachen Tätigkeiten offenstehen. 42% der Türkischstämmigen sind un- oder angelernte ArbeiterInnen, während dies nur auf 12% der »Einheimischen« zutrifft. Entsprechend niedrig sind denn auch die Einkommen türkischer Haushalte. 36% gelten als »armutsgefährdet« (sie haben weniger als 60% des mittleren Einkommens zur Verfügung), im Vergleich zu 14% bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Laut einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2010, die aber nur Personen mit türkischem Pass berücksichtigt, haben 54% der türkischen Männer in Deutschland Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht. Zwar verfügen die meisten Türken über genügend Deutschkenntnisse, um sich zurechtzufinden. Eine Ausnahme ortet die Studie aber bei 35- bis 64-jährigen Türkinnen, von denen 38% schlecht oder sehr schlecht Deutsch sprachen. Man sollte zwar nicht vergessen, dass es in Deutschland auch 70.000 türkischstämmige UnternehmerInnen gibt, die 350.000 Personen beschäftigen. Doch die Auswertungen zeigen, dass der Rückstand zum Rest der Gesellschaft im Schnitt groß bleibt. Dies mag zum Teil erklären, weshalb 18% der türkischstämmigen BürgerInnen das Gefühl haben, sie würden wegen ihrer Herkunft benachteiligt. Und dieses Empfinden ist auch bei den Nachkommen türkischer EinwanderInnen mit 21% weit verbreitet. Der Schnitt bei Personen mit Migrationshintergrund liegt sonst bei nur 8%.

Diese kaum verdeckte Diskriminierung hat zu einer starken Ausprägung des Bezugs auf die eigenen nationalen Wurzeln geführt. Das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung stellt gerade bei den Nachfolgenerationen seit 2011 eine deutlich gestiegene Verbundenheit mit der Türkei fest. Erdoğan habe seinen AnhängerInnen ein Selbstwertgefühl gegeben. Man fühlt sich einer großen Nation zugehörig, die es mit allen aufnehmen kann. Es bedarf größerer Anstrengungen, um die Tendenzen zur Ghettoisierung der türkischen Minderheit aufzubrechen.



ON AIR

iz3w

**Dazwischenfunken –
Aktivismus in Freien Radios**

*Außerdem: Fünfzig Jahre 2. Juni | Solidarisch ackern
in Bogotá | Starke Frauen auf der Berlinale*

56 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

